

Desaster in der Wohnungspolitik

Die Linke hat kein Interesse an Neubau und erschwert nun auch noch die Modernisierung

Wo fängt man nach dieser Woche an? Bei den Tausenden unvernünftigen jungen Menschen, die in Berliner Grünanlagen ohne Abstand, ohne Maske, aber mit viel Alkohol feiern? Bei dem absurden Vorschlag der Berliner Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne), öffentliche Plätze für solche Partys zu suchen, ohne auch nur den klitzekleinsten Vorschlag zu machen, wie dort dann die Abstandsregeln, gar ein Hygienekonzept eingehalten werden sollen, wer das Verhalten der Feiern kontrollieren soll. Warum sagt man den jungen Menschen nicht ganz klar: Corona-Zeiten sind keine Party-Zeiten. Denn es gibt für diese Partys derzeit keine Lösung, weder in Clubs und Bars, noch unter freiem Himmel.

Wo soll man anfangen in dieser Woche, die geprägt wurde von Hiobsbotschaften in der Wohnungspolitik. Hiobsbotschaften zumindest für all diejenigen, die ein Interesse an einem wachsenden Berlin, an einer guten sozialen Mischung in den Wohnquartieren, an modernisierten Häusern und an mehr Klimaschutz haben. Es gibt sie, diese Menschen, in den Wohnungsbaunehmen, in der Berliner Gesellschaft. Im Senat aber findet man sie nicht mehr.

Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke) erreicht bekanntlich ihr Ziel beim

Wohnungsneubau nicht, es werden auch in diesem Jahr wieder viel zu wenige Wohnungen gebaut. Als der Bericht vor rund drei Wochen bekannt wurde, wollte sie sich nicht äußern, weil erst noch der Senat beraten müsse. Als der Senat den Bericht dann „ohne kontroverse Diskussionen“, wie Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) anschließend informierte, beschlossen hatte, kam nicht etwa Bausenatorin Lompscher in die Pressekonferenz, um die schlechten Zahlen zu erklären, sondern der Finanzsenator.

In dieser Woche wurde nun bekannt, dass laut der geplanten Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadtentwicklungsverwaltung und den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bei Neuvermietungen 66 Prozent der Wohnungen von Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein (WBS), also von Menschen mit wenig Einkommen, belegt werden sollen. Bislang liegt der Anteil bei 60 Prozent, nun soll er nach dem Willen von Lompscher gesteigert werden. Bei Neubauten sollen 50 Prozent der Wohnungen an Menschen mit einem WBS vergeben werden, für weitere 25 Prozent der Wohnun-

gen wird eine weitere Einkommensgrenze eingeführt. Gut- und besserverdienende Menschen, gar berufstätige Paare haben dann kaum noch eine Chance auf eine Wohnung. Mit der Folge, dass die schwachen Gebiete in Berlin noch schwächer werden, dass die soziale Mischung noch schlechter wird.

Problem Nummer drei: Geht es nach der bei der Stadtentwicklungsverwaltung angesiedelten Wohnraumversorgung Berlin (WVB), sollten bei Modernisierungsmaßnahmen mehrstufige Beteiligungsprozesse, begleitet von Mieterberatungen oder Modernisierungsbeiräten, durchgeführt werden. Die Wohnungsbaugesellschaften warnen vor viel zu komplizierten Prozessen, die die Maßnahmen – übrigens zum Klimaschutz – behindern, verhindern, verteuern. Es interessiert Lompscher nicht. Der Wohnraumversorgung Berlin, geleitet von zwei politisch linken Menschen, die selbst beim Volksentscheid Mieten oder in Mieter-Initiativen aktiv waren, geht es nicht um das Wachstum der Stadt, sondern nur um den vermeintlich Schwachen, den Mieter. Und die WVB schafft durch die Partizipationsverfahren neue Strukturen, bei denen die Mieterberatungen beteiligt und finanziert werden müssen. Wahrscheinlich von uns allen.

„Es ist völliger Irrsinn“, sagen Vertreter der Wohnungsbaugesellschaften zu dieser Politik. Es ist mehr als als: Rot-Rot-Grün macht die Stadt kaputt.



Christine Richter,
Chefredakteurin